

Felix Müri grosser Appetit

Gerne schimpft die SVP die Schulen als Tummelfeld von 68er-Kuschelpädagogen. Dass Kantonschüler bisweilen dennoch ein Flair für autoritäres Auftreten haben, davon konnte sich der Luzerner SVP-Nationalrat **Felix Müri** gleich selber überzeugen. Bei einer Debatte über die Aussenpolitik im Allgemeinen und die Personenfreizügigkeit im Speziellen, an der unter anderem Müri und sein grüner Rats- und Kantonskollege **Louis Schelbert**

POLITAPERO

debattierten, verhinderten die Moderatoren, beides Schüler der 7. Klasse, lange Voten. Kurz vor der Mittagspause wiesen sie die Politiker an: «Die Zuhörer haben Hunger, bitte». «Das habe ich auch immer», konterte Müri.

Alt Bundesrat **Christoph Blocher** geht neue Wege. Zumindest an Silvester. Das SVP-Schwergewicht hat dieses Jahr den Jahreswechsel erstmals in seinem Haus hoch über dem Zürichsee begangen und sich über die unzähligen Feuerwerke gewundert. Bis anhin, so Christoph Blocher, habe er Silvester immer in der EMS-Fabrik verbracht, indem er den Mitarbeitern mitten in der Nacht ein gutes neues Jahr wünschte. Das gebe den Leuten unheimlich Kraft, gab er auf seinem eigenen Kanal «Teleblocher» bekannt und schwärmte: «Das bringt fast mehr als eine Lohnerhöhung.»

Urteil zum Bankgeheimnis

Merz: Jetzt rückt die Rücktrittsfrage in den Mittelpunkt

Muss Finanzminister Hans-Rudolf Merz den Hut nehmen? Zwei Tage nach dem Urteil zu den UBS-Daten gerät er auch in der eigenen Partei unter Druck.

VON JÜRGEN AUF DER MAUR

Das neue Jahr geht für den letztjährigen Bundespräsidenten gleich weiter, wie das alte gependet hat: Finanzminister Hans-Rudolf Merz sieht sich von links und rechts mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom vergangenen Freitag zur Herausgabe der UBS-Daten an die USA verleiht den Kritikern von Finanzminister Merz zusätzlichen Auftrieb.

Doch in Merz' Departement gibt man sich unbeirrt. «Das ist überhaupt kein Thema», heisst es auf Anfrage. Im Auftrag von Bundespräsidentin Doris Leuthard soll zunächst zusammen mit dem Justizdepartement von Eveline Widmer-Schlumpf bis zur Bundesratssetzung von Mittwoch das Urteil analysiert werden. «Vorher gibt es keine Stellungnahme», sagt Merz-Sprecherin Daphné Jaccard.

Freisinnige gehen auf Distanz

Doch nicht nur in der SVP und der SP muss Merz nach dem Urteil – das Bundesverwaltungsgericht hält die von der Finanzmarktaufsicht (Finma) und dem Bundesrat abgesegnete Herausgabe von Bankkundendaten an die USA für widerrechtlich – unten durch. Auch in der CVP und sogar bei der FDP mehren sich Stimmen, die sich nicht nur für die Einsetzung einer parlamen-

tarischen Untersuchungskommission (PUK) einsetzen, sondern Merz auch den Rücktritt nahelegen. «Der Bundesrat hat sich gedrückt und liess die Finma die Drecksarbeit für die UBS machen», zitiert die «Aargauer Zeitung» FDP-Nationalrat Philippe Müller. Und auch die CVP-Parlamentarier Pirmin Bischof (Solothurn) und Hansruedi Stadler fordern eine Aufklärung.

Huber: «Reine Stimmungsmache»
«Das ist billige Stimmungsmache», sagt FDP-Fraktionschefin Gabi Huber und stärkt «ihrem» Bundesrat den Rücken. Eine PUK erachtet sie jedenfalls als nicht notwendig. Das Parlament habe selbstverständlich ein Informationsrecht und auch Aufsichtspflichten. Dafür bestünden entsprechende Instrumentarien. Huber: «Eine Subkommission beider Geschäftsprüfungskommissionen beschäftigt sich bereits mit der Finanzmarktaufsicht. Wenn diese Abklärungen vorliegen, werden wir mehr wissen.» Der Bundesrat und damit auch der FDP-Finanzminister hätten die Finma «in keinster Weise angewiesen, Recht zu brechen».

Dass der Rücktritt von Bundesrat Merz für die erste Jahreshälfte 2010 schon lange geplant sei, weist Huber zurück. Auf die Frage, ob an der FDP-Delegiertenversammlung im Herbst 2010 in Herisau auch Bundesrat Merz an seinem Wohnort verabschiedet werden soll, antwortet Huber kurz und bündig mit «Nein».

Die Furcht vor Klagen

Reiner Eichenberger, Wirtschaftsprofessor an der Universität Fribourg, der sich mit der Schweizer Politik und dem Bankgeheimnis auseinandersetzt, geht nicht davon aus, «dass es zu Rücktritten kommt». Im Gespräch mit der «Zentral-

EXPRESS

► Nach dem Urteil zu den UBS-Daten drohen der Schweiz nun Klagen.

► Dies sei überhaupt kein Problem, sagt Wirtschaftsprofessor Eichenberger.

schweiz am Sonntag» stützt er das Vorgehen von Bundesrat und Finanzmarktaufsicht (siehe Interview). Eichenberger wörtlich: «Dass die Regierung vielleicht sogar wissentlich und willentlich Recht verletzte, um das Land vor volkswirtschaftlichem Schaden zu bewahren, kann ich nicht tadeln.»

Anders als Eichenberger ist der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister überzeugt, dass es nun «Klagen hageln wird». Für Pfister ist klar, dass die ganze Angelegenheit für den Bund und letztlich für den Steuerzahler «eine teure Sache wird». Für Pfister sollte sich Merz Rücktrittsgedanken machen, obwohl er am Erfolg zweifelt. «Schon bei der Libyen-Reise hat Merz erklärt, er übernehme die Verantwortung – passiert ist nichts. Das wird auch jetzt so sein.»

Spiess umgedreht

Anders als Bundesrat Hans-Rudolf Merz setzt Finma-Präsident Eugen Halter auf einen Offensivkurs. Im Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung» wies er Rücktrittsforderungen zurück. Er würde auch im Amt bleiben, wenn das Bundesgericht wie das Bundesverwaltungsgericht gleich entscheiden würde. Gleichzeitig kritisierte er gestern das Verhalten des Gerichts bei den Amtshilfeentscheiden. Das Bundesverwaltungsgericht habe damals bei den Rekursen nicht rechtzeitig entschieden.



Finanzminister Hans-Rudolf Merz verlässt den Nationalratsaal. Sein Rücktritt ist für Fraktionschefin Gabi Huber trotz des Urteils kein Thema.

REINER EICHENBERGER, UNI FRIBOURG

«Ich sage, Chapeau. Da hatte jemand Mut»

Reiner Eichenberger*, der Bundesrat und die Finanzmarktaufsichtsbehörde (Finma) sollen unrechtmässig gehandelt haben. Wie interpretieren Sie das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts?

Reiner Eichenberger: Ich sehe das Ganze völlig undramatisch. Es gibt offensichtlich ein Spannungsverhältnis zwischen dem rechtlich Richtigen und dem inhaltlich wohl Richtigen, das heisst dem, was Finma und Bundesrat aus Sicht des Verwaltungsgerichts hätten tun dürfen, und dem, was sie effektiv taten, um die UBS und die Schweizer Volkswirtschaft vor grösstem Schaden zu bewahren.

Das Urteil wirft aber kein gutes Licht auf die Schweiz.

Eichenberger: Das Urteil vom Freitag macht völlig klar, dass die Datenlieferung eine absolute, nicht rechtskonforme Ausnahme war. Das ist ein wichtiges Signal für ausländische Kunden und Regierungen. Diese wissen nun, dass – ohne ordentliches Rechtshilfverfahren – niemand aus der Schweiz legitimiert ist, Kundendaten zu liefern. Selbst wenn Regierungen Druck aufsetzen, die Bankkundendaten können und dürfen deshalb nicht geliefert werden.

Dann braucht es also weder eine PUK noch müssen Finma-Chef Eugen Halter oder Finanzminister Hans-Rudolf Merz zurücktreten?

Eichenberger: Deshalb braucht es sicher keine Rücktritte. Finma und Bundesrat hatten gute Gründe für ihr

Handeln. Wenn schon müsste das Gesetz geändert werden, sodass Finma und Bundesrat in Zukunft Grossbanken auch rechtskonform retten können. Klar ist aber, dass politische Gegner



«Wenn jetzt noch eine Klage dazukommt, macht das nicht viel aus.»

REINER EICHENBERGER

versuchen werden, für sich Kapital herauszuschlagen. Es wird viel Wind geben, aber es ist nur Wind.

Heiligt hier der Zweck die Mittel?

Eichenberger: Das Recht wurde für die seinerzeit denkbaren Situationen konstruiert, aber eben nicht für eine so vertrackte und unvorhersehbare Situation wie die des letzten Frühjahrs. Dass die Regulierungsbehörden und die Regierung in dieser Situation eine Rechtsverletzung in Kauf nahmen, um das Land vor grossem volkswirtschaftlichem Schaden zu bewahren, kann nicht nur negativ gesehen werden. Im Gegenteil: Ich sage Chapeau, da hatte jemand Mut zum Handeln.

Das ist das Ende des Rechtsstaates.

Eichenberger: Überhaupt nicht. Klar kann man sich in der Politik von Anfang an so verhalten, dass man nichts Unrechtes tut. Das kommt aber schief heraus, wenn das Recht falsch oder unvollständig gesetzt ist. Deshalb muss in solchen Ausnahmesituationen jemand Führungsverantwortung wahrnehmen und handeln. Wichtig ist, dass das Recht nachträglich wieder zum Zug kommt und genau abgeklärt wird, was richtig oder falsch war und wer die Verantwortung zu tragen hat. Genau das passiert ja jetzt. Das Urteil vom Bundesverwaltungsgericht kann noch ans Bundesgericht weitergezogen werden, und auch dann gilt immer noch: Eine Handlung kann nicht rechtmässig, aber richtig sein.

Wie gross ist die Gefahr, dass nun US-Bürger Klagen einreichen?

Eichenberger: Da würde ich cool bleiben. Erstens wird in der Bankenwelt viel geklagt. Wenn jetzt noch die eine oder andere Klage dazukommt, macht das nicht viel aus. Zudem: Wer in den USA trotz Datenlieferung aus der Schweiz ohne Strafverfahren blieb, wird kaum klagen, weil er keinen Schaden und deshalb keinen Klagegrund hat. Und wer wegen Steuerertrag eingeklagt wurde, wird sich vermutlich ruhig verhalten, um sich selbst nicht noch stärker in Bedrängnis zu bringen. **JÜRGEN AUF DER MAUR**

HINWEIS

► * Reiner Eichenberger (48) ist Wirtschaftsprofessor an der Uni Fribourg ◀

Wetter in Europa

Tief «Daisy» sorgt für Chaos

ap. Mit starkem Schneefall in ganz Deutschland hat das Tief «Daisy» gestern erhebliche Verkehrsprobleme auf den Strassen und im Flugbetrieb verursacht. Hunderte von Flügen mussten annulliert werden, der Nürnberger Flughafen stellte den Betrieb vorübergehend ein, nachdem eine Maschine von Air-Berlin vom Rollfeld gerutscht war. Wegen starken Schneefalls ist am Samstagvormittag der Betrieb auf dem Flughafen der südfranzösischen Stadt Toulouse eingestellt worden. Zahlreiche Verkehrsunfälle auf den Strassen gingen vorwiegend glimpflich aus. Kritisch ist die Lage aber auf den Ostseeeinseln Fehmarn und Rügen.

400 Laster waren blockiert

An der deutsch-französischen Grenze blieben bei Neuenburg in Südbaden an die 400 Lastwagen in der Nacht auf Samstag über stehen, weil die Autobahn 35 im Elsass wegen der Schneemassen gesperrt wurde. Die Fahrer mussten bei eisiger Kälte in ihren Wagen ausharren und wurden vom Roten Kreuz mit Decken und warmen Getränken versorgt. Erst am Samstagvormittag wurde die Sperrung aufgehoben, so dass sich der vier Kilometer lange LKW-Stau langsam auflösen konnte.

Minus 14 in Schottland

Grossbritannien verzeichnet derweil die längste Kälteperiode seit drei Jahrzehnten. In Teilen Schottlands und Nordenglands sanken die Temperaturen in der Nacht zum Samstag bis auf minus 14 Grad Celsius.

Angesichts der ungewöhnlichen Kälteperiode hat der Gasverbrauch zwischen Rekordwerte erreicht. Nahezu 100 Unternehmen wurden sogar aufgefordert, auf die Nutzung von Gas vorläufig zu verzichten, um Energie einzusparen.

ANZEIGE



Audi
Vorsprung durch Technik

Der ideale Start ins neue Jahr: ein Audi zum Superzins.

2,9%-Leasing auf alle Audi A3, A5 und A6.

Die Aktion ist gültig vom 1.1. bis 30.4.2010 für die Modelle Audi A3, A5 und A6 inklusive S- und RS-Modelle (nur Neuwagen). Berechnungsbeispiel, Finanzierung über AMAG Leasing AG: Audi A3 1.4 TFSI, 3-Türer, 92 kW (125 PS), 1390 cm³. Effektiver Jahreszinssatz 2,94% (Laufzeit 36 Mte./10000 km/Jahr), Barkaufpreis CHF 34 450.–, Anzahlung 20% CHF 6 890.–, Leasingrate CHF 264.70/Mt., inkl. obligatorischer Vollkaskoversicherung. Alle Preise inkl. MWSt. Änderungen jederzeit vorbehalten. Die Kreditvergabe ist unzulässig, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Mehr unter www.audi.ch/leasing



Audi Swiss Service Package+
Reparatur 3 Jahre oder 100 000 km
Service 10 Jahre oder 100 000 km
Es gilt jeweils das zuerst Erreichte